

5 **Beschluss**

Pädophile Vergangenheit im Landesverband Berlin konsequent aufklären und aufarbeiten

10 Die zurückliegenden Monate brachten in doppelter Hinsicht Versäumnisse unserer Partei hinsichtlich des Umgangs mit dem Thema Pädophilie zu Tage. In unseren Gründungsjahren und im Berliner Landesverband bis Mitte der 90er Jahre haben wir Menschen, die die Straffreiheit von sexuellen Handlungen zwischen Erwachsenen und Kindern forderten, ein Forum geboten und diese Forderungen z. T. sogar programmatisch unterstützt. Nach der Abkehr von diesen

15 Forderungen haben wir diesen Teil unserer Geschichte lange verdrängt und zu spät und zu zögerlich aufgearbeitet. Dafür bitten wir um Entschuldigung, vor allem bei den Betroffenen, denn sie waren und sind die Leidtragenden unseres Versagens. Ihre Perspektive muss deshalb im Zentrum der Aufarbeitung stehen.

20 Als Grundlage für die Aufarbeitung dieses Teils unserer Parteigeschichte stellt der Landesverband Bündnis 90/Die Grünen Berlin fest:

Einvernehmliche Sexualität zwischen Kindern und Erwachsenen kann es nicht geben. Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern ist immer sexualisierte Gewalt gegen Kinder und eine Form

25 von Machtmissbrauch, mit fatalen, zum Teil lebenslangen Folgen für die Betroffenen.

In den Anfängen unserer Partei sind hingegen offenbar viele von der Grundthese ausgegangen, dass es eine Unterscheidung geben könne zwischen erzwungenem Kindesmissbrauch, den es zu bekämpfen gälte einerseits, und einvernehmlicher Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern

30 andererseits. Daraus wurde die Schlussfolgerung zur Streichung oder Relativierung der Paragraphen des Strafgesetzbuches zu Missbrauch von Kindern und Schutzbefohlenen gezogen.

Der Landesverband distanziert sich entschieden von diesen Forderungen der frühen Parteigeschichte, auch des Berliner Landesverbandes, und bedauert die Entscheidungen von

35 damals. Uns ist bewusst, dass die damalige Forderung nach Straffreiheit für pädophile Handlungen Einfluss auf das gesellschaftliche Klima und das Verhalten von Menschen mit pädophilen Neigungen oder gestörtem Sexualverhalten bezüglich Kindern hatte. Der Landesverband bekennt sich zu seiner historischen und moralischen Verantwortung bezüglich dieser falschen Forderungen und der Aktivitäten, die von einzelnen und Gruppen bis Mitte der 90er Jahre innerhalb des

40 Landesverbandes ausgingen, um diese Forderungen zu unterstützen. Wir wollen gleichzeitig betonen, dass es von Anfang an auch heftigen Widerstand gegen diese Positionen innerhalb der

Partei gab. Insbesondere Feministinnen wehrten sich gegen die Theorie einer einvernehmlichen Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern. Welches Gewicht die jeweilige Position entwickeln konnte, gilt es noch zu untersuchen.

45

Der Landesverband Berlin hat bereits 2010 in einem Beschluss „Aufklärung und Schutz vor sexueller Gewalt“ in einem Kapitel selbstkritisch die eigene Geschichte des Landesverbandes und seine zu späte Distanzierung von pädophilen Mitgliedern und von den Forderungen nach Abschaffung oder Relativierung der Strafvorschriften zu sexuellem Missbrauch von Kindern beleuchtet. Allerdings fehlte in unserem damaligen Beschluss ein ganz wesentlicher Aspekt: Das Leid der Kinder, die möglicherweise durch Menschen, die sich durch die grünen Forderungen nach Straffreiheit ermutigt fühlten, sexuelle Gewalt erfahren haben, oder derjenigen, die durch grüne Mitglieder selbst sexuelle Gewalt erleiden mussten. Die Kinder von damals sind heute erwachsene Menschen. Wir bitten diese Menschen in aller Aufrichtigkeit um Entschuldigung.

55

Wir sind diesen Menschen, der Öffentlichkeit und uns selbst angemessene Antworten darauf schuldig, wie es sein konnte, dass bei den Grünen so lange diese verhängnisvollen Forderungen für Straffreiheit für sexuelle Handlungen an Kindern Raum greifen konnten.

60 Vor diesem Hintergrund wird der Landesvorstand beauftragt:

1. den Bundesvorstand und das von ihm beauftragte unabhängige Institut bei der Aufarbeitung der fehlgeleiteten Haltung zur Pädophilie bei den Grünen der 70er bis 90er Jahre weiterhin inhaltlich, organisatorisch und finanziell zu unterstützen,

65

2. gemeinsam mit anderen grünen Landesverbänden und dem Bundesvorstand für eine geeignete Ansprechstelle für Menschen, die als Kinder oder Jugendliche durch (damalige) grüne Mitglieder Opfer von sexueller Gewalt geworden sind, zu sorgen,

70

3. im Einvernehmen mit dem Landesparteirat eine Kommission bestehend aus grünen Vertreterinnen und Vertretern, Zeitzeuginnen und –zeugen, Expertinnen und Experten zu berufen, die die Haltung des Landesverbandes zu Pädophilie und sexualisierter Gewalt gegen Kinder von der Gründungsphase bis in die 90er Jahre untersucht und dazu einen eigenen Abschlussbericht und Handlungsempfehlungen vorlegt.

75

Die Kommission soll u.a. den Fragen nachgehen, welche Wechselwirkung es zwischen den damaligen grünen Forderungen zu Pädophilie und der gesellschaftlichen Debatte dazu gegeben hat und welche Verfehlungen es aus der Partei selbst heraus gegeben hat.

80

4. einen öffentlichen Diskussionsprozess zur Rolle der Partei und des Landesverbandes bezüglich des Umgangs mit Pädophilie in den späten 70er bis 90er Jahren und der späteren Haltung dazu zu organisieren.

Die Landesdelegiertenkonferenz ruft alle Mitglieder und Parteigliederungen des Landesverbandes

85 dazu auf, sowohl einen Diskurs in den Parteigremien zur Aufarbeitung der früheren Haltung zum
Thema Pädophilie zu führen als auch alle entsprechenden Dokumente und Hinweise an den
Landesvorstand bzw. Bundesvorstand weiterzuleiten.

90 Darüber hinaus bekräftigt der Landesverband seine Unterstützung der kommunalen,
landespolitischen, nationalen und internationalen Aktivitäten, die sexueller Gewalt gegen Kinder
Einhalt gebieten und präventiv tätig sind.